

Willkür mit Sternchen

Das Präsidentsdepartement in Basel rät zum Genderstern. Dabei ist dieser Eingriff in die Sprache eher willkürlich als von Nutzen. **Seite 2**

TV-Hit aus Basel

Florim Brajshoris Serie aus einem Basler Coiffeursalon schauen Millionen Albaner. Nun will er auch auf Deutsch drehen. **Seite 17**

Jans im Unrecht

Regierungspräsident Beat Jans wischt im Fall Fehlmann zwei Urteile beiseite – und verhöhnt die Grundprinzipien der Demokratie. **Seite 21**

Der Grenzwächter

Raul Rodriguez bewachte 18 Jahre lang die Grenze der USA. Nun soll er selbst nach Mexiko abgeschoben werden. **Das Magazin**

Demenz – was nun?

Wir vergessen Wörter, wissen nicht mehr, wo wir sind. Eine Expertin erklärt, was bei Demenz im Gehirn genau passiert. **Beilage**

Verhandlungen mit der EU stehen kurz vor dem Absturz

Rahmenabkommen Bundespräsident Parmelin forderte in Brüssel Ausnahmeregelungen für die strittigen Punkte. Aus Sicht der EU-Kommission stellt die Schweiz damit den Kern des Abkommens infrage.

Markus Brotschi, Fabian Fellmann und Stephan Israel

Die Schweiz und die Europäische Union sind sich beim Mini-Gipfel in Brüssel keinen Schritt nähergekommen. Im Gegenteil: Die Forderung der Schweiz, die Streitpunkte Lohnschutz, Unions-

bürgerrichtlinie und Staatsbeihilfen ganz vom Rahmenabkommen auszuklammern, stösst auf kategorische Ablehnung. Guy Parmelin (SVP) wollte nach dem Gespräch mit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Schweizer Verhandlungsposition nicht bestätigen. Doch aus EU-Kreisen ver-

lautete, die Maximalforderung habe von der Leyen schockiert.

Auch in der Schweiz reagierten Mitglieder der ausserpolitischen Nationalratskommission konsterniert. Präsidentin Tiana Moser (GLP) zeigte sich enttäuscht, dass Parmelin ohne einen für die Europäische Union diskutablen

Kompromissvorschlag nach Brüssel gereist sei. Dem Bundesrat fehle es offenbar am Willen zur Lösung.

Die SVP lobte hingegen Bundespräsident Parmelins kompromisslose Haltung und kam zum Schluss, das Rahmenabkommen sei damit «definitiv gescheitert». **Seite 4, 5**



Bundespräsident Guy Parmelin und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kommen bei den Verhandlungen nicht vom Fleck. Foto: François Walschaerts (Keystone)

Das Denkmal des Karli Odermatt bröckelt

FC Basel 21 Sekunden reichten aus, um den FCB und seine Anhänger mal wieder in Aufruhr zu versetzen. Am Mittwoch, vor dem Spiel in Vaduz, tauchte eine Videoaufnahme auf, auf der Vereinslegende und FCB-Verwaltungsrat Karli Odermatt (78) zu erkennen ist. Odermatt – sich offensichtlich nicht im Klaren darüber, dass er gefilmt wird – plaudert darin den vermeintlichen Grund aus, wieso Valentin Stocker vor einigen Wochen suspendiert worden ist. Oder er gibt zumindest seine Sicht der Dinge wieder.

Es ist unklar, ob Odermatts Worte der Wahrheit entsprechen. Aber es stellt sich auch dieses Mal die Frage: Ist er in seiner aktuellen Position noch tragbar für den FC Basel? Viele Fans dürften dies verneinen, gilt Karli Odermatt doch immerhin als einer der engsten Verbündeten des umstrittenen Besitzers Bernhard Burgener. Klar ist jedenfalls: Das Denkmal Karli Odermatt, es wackelt in diesen Tagen. (bsc) **Seite 40**

Chirurgen protestieren gegen Engelberger

Offener Brief Ab Juli soll in beiden Basel ein neues Regime in der Spitallandschaft gelten. Die Gesundheitsdirektoren beider Basel haben Spitallisten aufgesetzt, die es in sich haben. Bisher haben diverse unzufriedene Akteure im Hintergrund das Gespräch, etwa mit dem Basler Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger, gesucht. Doch nun haben gleich zwei Basler Ärztenverbände mit einem offenen Brief ihrem Unmut über die geplanten Änderungen öffentlich Ausdruck verliehen.

Die Medizinische Gesellschaft, die vom ehemaligen LDP-Grossrat Felix Eyermann präsidiert wird, und die Belegärzte beider Basel sind empört, weil ihnen der Staat in die Patienten-Arzt-Beziehung reinreden und Mengenbeschränkungen einführen möchte. Sie sind auch erbost, dass die öffentlichen Spitäler bevorzugt würden. (jho) **Seite 22**



ANZEIGE

Medizin · Therapie · Pflege

adullam - mir zuliebe.



adullam
Spital · Pflegezentren

Staatsanwaltschaft weist Vorwürfe zurück

Rassismus-Anzeige Es gehe nicht an, dass ein Fall von klarem Antisemitismus nicht prioritär behandelt werde. So lauten die Vorwürfe des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds (SIG) in einem Beitrag vom Donnerstag des SRF-Magazins «10 vor 10». Die Vorwürfe richten sich gegen die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt. Diese weist die Vorwürfe entschieden zurück. Konkret geht es um eine vor zwei Jahren eingereichte Anzeige gegen Tobias Steiger, den ehemaligen Vorsitzenden der rechtsextremen Pnos. Er soll bei einer Rede an der Pnos-Demonstration im November 2018 in Basel gegen die Anti-Rassismus-Straf-norm verstoßen haben. (and) **Seite 21**

Frauen sind bei Scheidungen nicht per se geschützt

Rechtsprechung Bislang konnte die Frau eines reichen Mannes davon ausgehen, von ihm bis zu ihrer Pensionierung Unterhaltszahlungen zu erhalten – vorausgesetzt, die beiden waren mindestens sieben Jahre verheiratet oder hatten ein Kind in der Ehe und lebten in einem klassischen Familienmodell. Doch dem ist nicht mehr so.

«Das Bundesgericht hat im März einen Richtungswechsel entschieden», sagt Claudia Mordasini, Familienrechtlerin aus Basel. «Die neuen Bundesgerichtsentscheide sind eher auf jüngere, modernere Familienmodelle ausgelegt,

bei denen oft beide arbeiten.» Zusammen mit ihrer Kanzleikollegin Gabrielle Bodenschatz berät sie Männer und Frauen, die sich in der Scheidung befinden. Im grossen BaZ-Interview erklären die beiden, was die neue Rechtsprechung konkret bedeuten – für Männer sowie für Frauen. «Viele Ältere vertrauen auf den Schutz ihrer Versorgung, will heissen: Jener Partnerteil, der nicht gearbeitet hat, soll in seinem ehelichen Lebensstandard geschützt bleiben, wenn es zur Scheidung kommt», sagt Mordasini. Doch das kann nicht mehr vorausgesetzt werden. (hus) **Seite 23**

Personalmangel soll Engpässe erklären

Impfstoffe Stéphane Bancel, Chef des US-Herstellers Moderna, gibt dem Schweizer Auftragsfertiger Lonza die Schuld für die aktuellen Lieferprobleme mit seinem Corona-Vakzin. «Es hat bei Lonza Verspätungen dabei gegeben, neue Leute einzustellen», sagte er auf einer Medienkonferenz des Pharmaverbands IFPMA. Die Probleme betreffen auch die Schweiz: Laut dem Bundesamt für Gesundheit liefert Moderna im Mai 200'000 Impfdosen weniger als geplant. Lonza zieht derweil Mitarbeiter von anderen Produktionsbereichen in Visp ab, um die Impfstoffherstellung aufzustocken. «Sie fragen auch bei anderen Pharmafirmen um Hilfe», sagte Bancel. (red) **Seite 11**